



Nr. 42

9. Dezember 2023

Inhalt

Einkommensrunde

[Öffentlicher Dienst: Länder ziehen mit Bund und Kommunen gleich](#)

Halbjahresgespräch mit der Kultusministerkonferenz (KMK)

[Dringend nötig: Gute Bildung trotz angespannter Haushaltslage](#)

dbb frauen/dbb jugend/senioren

[Das Ehrenamt soll gestärkt werden](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Politische Gespräche: Treffen mit SPD-Spitze](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[PISA-Studie zeigt erneut Handlungsbedarf in der Bildungspolitik auf](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Warnstreik bei der Deutschen Bahn – Verhandlungen mit Transdev gescheitert](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Bundesweite Warnstreiks der AOK-Beschäftigten](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde

Öffentlicher Dienst: Länder ziehen mit Bund und Kommunen gleich

Bei den Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde am 9. Dezember 2023 in Potsdam eine Einigung erzielt.

„Der Abschluss ist ein großer Erfolg. Wir haben mit Bund und Kommunen gleichgezogen“, kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst der Länder am 9. Dezember 2023 in Potsdam.

„Die Arbeitgebenden haben letztlich eingesehen, dass sie es sich schon aus Eigeninteresse nicht leisten können, auf einem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt bei der Bezahlung weiter zurückzufallen. Wer Beschäftigte binden und motivieren will, muss sie wettbewerbsfähig bezahlen. Auf diesem Weg sind wir heute mit den Ländern einen großen Schritt vorangekommen. Die Einkommenssteigerungen liegen zwischen 8 und 16 Prozent“

„Die massiven Warnstreiks und Demonstrationen in den letzten Wochen haben entscheidend zu diesem Durchbruch beigetragen. Der nächste Schritt ist auch schon klar: Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die Länder den Tarifabschluss zeitgleich und systemgerecht auf die Landes- und Kommunalbeamten sowie auf die betroffenen Pensionäre übertragen. Zeit Spiel werden wir nicht dulden“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende.

Die wesentlichen Eckpunkte der Einigung: Ein steuer- und sozialabgabenfreier Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro (stufenweise Auszahlung ab Dezember 2023); Ab dem 1. November 2024 Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und ab dem 1. Februar 2025 um 5,5 Prozent (Anpassung des Erhöhungsbetrags auf 340 Euro, wo dieser Wert nicht erreicht wird); Ausbildungs- und Praktikantentgelte werden zum gleichen Zeitpunkt um 150 Euro erhöht; Vertragslaufzeit: 25 Monate.

„Beim Thema Eingruppierung von Lehrkräften besteht weiter dringender Handlungsbedarf. Darauf werden wir bei nächster Gelegenheit zurückkommen“, kündigte Silberbach an.

Die Beschäftigten hatten vor und sogar während der dritten Verhandlungsrunde mit Protestaktionen und Warnstreiks für Einkommenserhöhungen gekämpft. Am 8. Dezember 2023 hatten Mitglieder verschiedener dbb Gewerkschaften, vorwiegend der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) und der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) – die an die-

sem Tag einen 24-Stunden-Warnstreik im Tarifkonflikt mit der Deutschen Bahn (DB) durchführte – gemeinsam am Verhandlungsort in Potsdam gegen die Blockadehaltung der Arbeitgebenden demonstriert (mehr zu den Tarifverhandlungen der GDL in der Rubrik „Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften“). Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach rief die TdL und DB dazu auf, ihren verbalen Respektsbekundungen für die Beschäftigten endlich materielle Taten folgen zu lassen: „Egal ob aus dem Bahntower oder den Landeshauptstädten: Die Kolleginnen und Kollegen brauchen keine billigen Lobhudeleien mehr, sondern reale Einkommenszuwächse.“ Claus Wewelsky; GDL Bundesvorsitzender und dbb Vize, betonte den engen Zusammenhang zwischen Arbeits- und Bezahlbedingungen einerseits und dem Fachkräftemangel andererseits: „Die jungen Leute können sich heute aussuchen, wo sie arbeiten. Wir schießen uns als Bahn oder öffentlicher Dienst doch absichtlich ins eigene Knie, wenn wir darauf nicht mit einer Attraktivitätsoffensive reagieren. Dabei geht es ums Geld und um die Arbeitszeit. Beides muss verbessert werden.“ Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, bekräftigte die Solidarität innerhalb der dbb Familie: „Wir stehen hier zusammen, weil wir als dbb für die gesamte öffentliche Infrastruktur einstehen, für innere Sicherheit und Verkehr genauso wie für Bildung, Finanzverwaltung und soziale Absicherung. Wir sind das Rückgrat dieser Gesellschaft und wir verlangen entsprechende ‚geldwerte‘ Anerkennung.“

Am Vortag hatten bereits zahlreiche Beschäftigte die anreisende TdL-Spitze lautstark „begrüßt“ und ihren Ärger über den Verhandlungsverlauf deutlich gemacht, denn die TdL hatte zu diesem Zeitpunkt noch immer kein Angebot vorgelegt. Vor diesem Hintergrund mahnte auch der dbb Chef, dass eine weitere Eskalation des Tarifkonflikts nicht ausgeschlossen sei: „Da soll sich niemand täuschen. Die Kolleginnen und Kollegen sind auch im Länderbereich an vielen zentral wichtigen Stellen zu Erzwingungsstreiks in der Lage.“ Bereits zu Beginn der Woche hatte Silberbach im Interview mit der Stuttgarter Zeitung (Ausgabe vom 4. Dezember 2023) eine solche Warnung an die Arbeitgeber geschickt: „Wenn wir jetzt in einen

unbefristeten Arbeitskampf einsteigen müssten, dann wäre die Beteiligung so hoch wie nie zuvor.“

Die Tage vor der dritten Verhandlungsrunde hatten das eindrucksvoll untermauert. In Dresden demonstrierten gut 4.500 Teilnehmern und Teilnehmerinnen vor dem sächsischen Finanzministerium für ihre Sache. „Die Landespolitik ist am Zug und muss liefern“, machte dbb Tarifchef Volker Geyer in seiner Rede dort deutlich. „Weil der, der Leistung fordert, auch Respekt zeigen muss! Und zwar in einer Form, die auch in den Geldbeuteln der Kolleginnen und Kollegen ankommt.“ Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB - Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, ergänzte: „Wenn im öffentlichen Dienst über eine halbe Million Stellen unbesetzt sind, gehen die Menschen dorthin, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Nur wer die bietet, wird auf Dauer gute Leute haben.“ Es müsse außerdem klar sein, dass der angestrebte Tarifabschluss auf die Beamten übertragen werde, betonte Seidel. Und zwar ohne Abstriche oder Verzögerungen, sondern unter uneingeschränkter Beachtung der Verfassung. Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb Jugend, erklärte: „Die Nachwuchskräfte des öffentlichen Dienstes wollen pfleglich behandelt werden. Und in Zeiten des demografischen Wandels, können sie das auch durchsetzen“, sagte. „In Zeiten der Inflation steht bei uns Jungen, den Fachkräften der Zukunft, die Bezahlung ganz oben auf der Prioritätenliste.“

Die größte Kundgebung der Einkommensrunde fand am 5. Dezember 2023 in Düsseldorf statt. Die Polizei bestätigte 15.000 Teilnehmende, die durch die Innenstadt zum Landtag zogen. Bei der Kundgebung dort machte der dbb Bundesvorsitzende deutlich, warum die Einkommensrunde nicht nur für die Beschäftigten selbst wichtig ist, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger: „Der öffentliche Dienst ist elementar für unser Land. Keinesfalls darf er weiter auf Verschleiß gefahren werden. Das bedeutet: Wir brauchen echte Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen – auch bei den Einkommen. Wir brauchen echte Bemühung um Nachwuchskräfte – auch durch garantierte Übernahme nach der Ausbildung. Kurzum: Wir brauchen Länderchefs, die ihrer Verantwortung und ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden.“ Der Vorsitzende des dbb Landesbundes in NRW, Roland Staude, verwies auf die harte Konkurrenz, mit der sich die Länder bei der Personalgewinnung messen müssen: „Der Landesdienst hinkt bei den Einkommen nicht nur der Privatwirtschaft hinterher, sondern innerhalb des öffentlichen Dienstes auch Bund und Kommunen. Allein in NRW

sind bereits etwa 26.000 Stellen in der Daseinsfürsorge unbesetzt. So ist kein Staat zu machen. Wir brauchen einen ordentlichen Tarifabschluss, um nicht abgehängt zu werden – der natürlich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden muss.“ Zeitgleich wies Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, auf einer Kundgebung vor der Staatskanzlei in Saarbrücken vor 2.500 Teilnehmenden auf die schwierige finanzielle Situation der Beschäftigten hin: „Die Einkommen können mit der Inflation nicht mehr mithalten. Die Reallöhne sind 2023 das vierte Jahr in Folge gesunken. Die Haushalte auch der Beschäftigten der Länder sind dadurch belastet. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst des Saarlandes brauchen nach den Preissprüngen der letzten 14 Monate einen Inflationsausgleich.“

Am 4. Dezember 2023 hatten deutschlandweit über 3.000 Beschäftigte in Form von Protestmärschen und Kundgebungen demonstriert. Der dbb Tarifchef Volker Geyer kritisierte bei einer Kundgebung in Mainz die Tarifgemeinschaft der Länder für ihre Sparpolitik: Wer im Zweifel der billigen Lösung den Vorrang gebe, verspiele das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen und setze die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge aufs Spiel. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigen hier in Mainz deutlich, dass sie dafür kein Verständnis haben.“ Die dbb Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz, Lilli Lenz, sagte: „Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch. Der Ländertarifvertrag ist in vielen Teilen nicht mehr wettbewerbsfähig. Der verlorene Boden im Konkurrenzkampf ums Personal muss schnell gutgemacht werden durch ein attraktives Verhandlungsergebnis in Potsdam.“

Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) verdeutlichte am selben Tag bei einer Kundgebung mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) auf dem Odeonsplatz in München das Dilemma des öffentlichen Dienstes: „Arbeitsverdichtung trotz Personalmangel, keine Einkommenserhöhung trotz Inflation. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen vor der unmöglichen Aufgabe, höhere Anforderungen mit weniger Ressourcen zu bewältigen. Doch diese massive Diskrepanz scheint in den Köpfen der Arbeitgebenden nicht zu existieren. Stattdessen zeigen sie uns seit Beginn der Verhandlungen die kalte Schulter. Wir hoffen sehr, dass sie in der dritten Verhandlungsrunde am Wochenende ein Angebot vorlegen, das den Beschäftigten die nötige Wertschätzung entgegen-

bringt.“ In Richtung der bayerischen Landesregierung appellierte der BBB Chef, sich für seine Beschäftigten starkzumachen: „Bayern muss seiner Vorreiterrolle, die es im Beamtenrecht innehat, auch hier im Tariffbereich gerecht werden und innerhalb der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf einen angemessenen Abschluss hinwirken.“

Neben den Großkundgebungen fanden viele weitere Aktionen statt, sei es in Form von kleineren Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen oder anderen Formen. Dazu erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nach dem Abschluss der Verhandlungen: „Die Beteiligung an den Protesten war bei dieser Einkommensrunde wirklich beeindruckend. Das erzielte Ergebnis ist dadurch über-

haupt erst möglich geworden, andernfalls hätten die Länder ihre völlig verfehlte Sparpolitik weiter verschärft. Das konnten wir auch dank des Drucks von der Straße verhindern. Bei den vielen tollen Aktionen hat mich besonders die Solidarität in der dbb Familie gefreut: sowohl zwischen den einzelnen Fachgewerkschaften aus den unterschiedlichen Berufszweigen, als auch zwischen den Statusgruppen, also Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigten. Mein Eindruck ist, dass der Zusammenhalt noch nie so groß war. Dafür bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich.“

Alle Details des Tarifabschlusses sowie Berichte, Bildergalerien und Videos der Aktionen gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

Halbjahresgespräch mit der Kultusministerkonferenz (KMK) **Dringend nötig: Gute Bildung trotz angespannter Haushaltslage**

Beim Halbjahresgespräch mit der KMK haben die dbb Bildungsgewerkschaften auf zahlreiche offene Großbaustellen hingewiesen.

Mehr gegen den Lehrkräftemangel unternehmen, die beruflichen Schulen stärken, außerdem den Ausbau der ganztägigen Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder im Grundschulalter vorantreiben: In der Bildungspolitik ist der Handlungsbedarf dringender denn je, mahnen die dbb Bildungsgewerkschaften.

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 hat nicht zuletzt auch in der Bildungspolitik massive Verunsicherung verursacht“, sagte Simone Fleischmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, nach dem Halbjahresgespräch mit der KMK am 7. Dezember 2023. „Hinter unzähligen Vorhaben steht jetzt ein großes Fragezeichen. Großbaustellen wie der Digitalpakt 2 und das Startchancen-Programm sind weiterhin offen. Dabei ist es ganz entscheidend, dass wir bei der Digitalisierung nicht den Anschluss verlieren und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Und das geht nur mit einer angemessenen Finanzierung. Wer heute bei der Bildung spart, zahlt morgen bei den gesellschaftlichen Folgekosten drauf. Wir brauchen keine Fragezeichen, sondern Ausrufezeichen!“

Besorgt – insbesondere über die Qualität in der Lehrkräfteausbildung – äußerte sich

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in einen Teufelskreis kommen“, sagte sie. „Der Lehrkräftemangel bedroht auf besorgniserregende Weise die Qualitätsstandards in der Lehrkräfteausbildung. Damit senkt die Politik aber auch die Unterrichtsqualität in den Schulen. Die immer wieder erschreckenden Ergebnisse, zu denen zahlreiche Bildungsstudien kommen, führen uns klar vor Augen, dass die Qualitätssicherung an oberster Stelle stehen muss. Um die Unterrichtsqualität und -versorgung gewährleisten zu können, bedarf es breit angelegter Strategien und nachhaltiger Investitionen in eine hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildung unserer Lehrkräfte.“

Hintergrund

Beim Halbjahresgespräch mit der KMK bringen die dbb Bildungsgewerkschaften aktuelle Themen, Probleme und Lösungsansätze in die politische Debatte ein. Der aktuelle Austausch hat mit Katharina Günther-Wünsch, Präsidentin der Kultusministerkonferenz, und Christine Streichert-Clivot (SPD), Bildungsministerin im Saarland, stattgefunden.

dbb frauen/dbb jugend/senioren Das Ehrenamt soll gestärkt werden

Die Vertretungen der Frauen, der Jugend sowie der Seniorinnen und Senioren im dbb haben zum Tag des Ehrenamts am 5. Dezember 2023 für mehr Unterstützung für engagierte Menschen gewonnen.

Die dbb frauen wiesen darauf hin, dass etwa die Hälfte der ehrenamtlich tätigen Menschen Frauen sind. Dennoch hätten sie weniger Möglichkeiten bei der Mitbestimmung. „Es ist unbestreitbar, dass Frauen in vielen Bereichen unseres Lebens immer noch unterrepräsentiert sind. Das gilt auch für das Ehrenamt“, machte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, deutlich. „Frauen übernehmen hier häufiger unterstützende und ausführende Aufgaben, während Männer leitende Positionen einnehmen. Frauen stoßen oft auf unsichtbare Barrieren, die es ihnen erschweren, in höhere Positionen aufzusteigen oder Führungsrollen zu übernehmen.“ Ebenso sei die Sichtbarkeit und Anerkennung bei Frauen im Ehrenamt oft geringer als die der männlichen Kollegen. „Der Tag des Ehrenamts am 5. Dezember ist eine passende Gelegenheit, um auf diese Ungleichheit aufmerksam zu machen. Denn auch im Ehrenamt tickt die Uhr der Gleichstellung - und jede Minute zählt. Wir rufen Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Organisationen dazu auf, flexibler in Bezug auf die Herausforderungen der Gleichstellung zu werden, damit Frauen sich in jedem Lebensbereich gleichberechtigt engagieren können.“ Eine bedeutende Hürde für Frauen im ehrenamtlichen Engagement liege in der Balance zwischen Familie, Beruf und Ehrenamt. „Frauen sind oft stärker als Männer in unbezahlter Sorgearbeit involviert“, erklärte Kreutz. „Das erschwert es, Zeit für ehrenamtliche Tätigkeiten zu finden. Organisationen sollten daher nicht nur zeitliche Flexibilität bieten, sondern auch die Strukturen und die Machtverteilung überdenken. Hybride Treffen, alternative Formen des Engagements und projektbezogene oder zeitlich begrenzte Tätigkeiten können hierzu beitragen.“

Die dbb jugend wies darauf hin, dass sich laut aktuellem Freiwilligensurvey knapp 40 Prozent der Menschen ab 14 Jahren engagieren. Das verdient mehr Aufmerksamkeit. „Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken“, sagte Matthäus Fandrejewski, Bundesvorsitzender der dbb jugend. „Egal, ob Sport, Soziales oder politisches En-

gagement in der Gewerkschaft – was Freiwillige leisten, ist ein enormer Mehrwert für alle. Doch viele Ehrenämter bekommen nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Deshalb legt die dbb jugend im Jahr 2024 ein besonderes Augenmerk auf das Thema, um mehr Sichtbarkeit zu schaffen und mehr Öffentlichkeit herzustellen.“ Konkret sei geplant, auf Veranstaltungen mit Politiker*innen ins Gespräch zu kommen, Aktionen zu starten und verschiedene Perspektiven auf das Ehrenamt zu beleuchten. Vor allem will die dbb jugend auch Verbesserungen erreichen. „Es gibt noch viele Möglichkeiten, das ehrenamtliche Engagement zu stärken“, betonte Fandrejewski. „Unter anderem brauchen wir mehr verbindliche Sonderurlaubstage zur Ausübung von Ehrenämtern. Aktuell ist die Gewährung eine reine Ermessensentscheidung der Arbeitgebenden. Diese profitieren im Übrigen ebenfalls davon, wenn ihre Mitarbeitenden sich engagieren: Ein Ehrenamt ist immer auch eine persönliche Weiterentwicklung. Erlernte Kompetenzen kommen auch im Arbeitsalltag gewinnbringend zum Einsatz.“

„Ehrenamtliche leisten gesellschaftlich Unverzichtbares“, betonte auch dbb Seniorenchef Horst Günther Klitzing. „All jenen, die Zeit und Lebenskraft in den Dienst der Gemeinschaft stellen, gilt nicht nur am heutigen Tag des Ehrenamtes, sondern rund ums Jahr unser Dank und unsere Wertschätzung.“ Ehrenamtliche und freiwillig Engagierte unterstützen und ergänzen, etwa im Technischen Hilfswerk (THW) und in den Freiwilligen Feuerwehren staatliche Angebote. Sie würden uneigennützig und rasch auch da helfen, wo staatliche Stellen erst mittelfristig Strukturen aufbauen können, wie in der Flüchtlingshilfe. Und sie würden Städte und Gemeinden durch kulturelle Angebote wie Stadtviertel-Initiativen oder Gemeindechöre beleben. „Die Ehrenamtlichen bereichern unser Miteinander“, so Klitzing. Gleichwohl dürfe das Engagement nicht dazu führen, dass sich der Staat in immer mehr Bereichen aus der Verantwortung stelle. „Ehrenamtliche Arbeit soll als Unterstützung staatlicher Fürsorge verstanden werden. Es soll und kann sie nicht ersetzen“, mahnte Klitzing.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

Politische Gespräche: Treffen mit SPD-Spitze

Am 06. Dezember 2023 hat dbb Landeschef Thomas Treff den Co-Vorsitzenden der SPD Hamburg Nils Weiland zu einem Gespräch getroffen.

Dabei wurden viele Themen des öffentlichen Dienstes in Hamburg diskutiert. Beide Seiten waren sich einig, dass für eine funktionierende Verwaltung neue Maßnahmen der Personalbindung und -gewinnung erforderlich sind. In diesem Zusammenhang wurde über bessere Aufstiegsmöglichkeiten diskutiert, etwa durch flexiblere Laufbahnvorschriften, damit für die Mitarbeitenden mehr Entwicklungsperspektiven und Karrierewege eröffnet werden.

Auch die unmittelbaren Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden, so der Konsens. Dazu gehörten attraktive Arbeitsplätze mit einer aufgabengerechten IT-Ausstattung, aber auch eine bessere Ausstattung der Gemeinschafts-/Kommunikationsflächen. Aus Sicht des dbb Hamburg gehört dazu außerdem, dass

die Digitalisierung der Verwaltung zu einer echten Entlastung der Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen führe, damit die Aufgaben trotz Fachkräftemangel auch in Zukunft überhaupt erledigt werden können.

Beim Thema „Amtsangemessene Alimentation“ warb dbb Landeschef Thomas Treff dafür, von Arbeitgeberseite endlich in einen Dialog mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften einzutreten, um dieses Thema abschließend zu bearbeiten. Dieses sei auch eine Frage der Wertschätzung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen und schließt auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger mit ein.

dbb Bildungsgewerkschaften

PISA-Studie zeigt erneut Handlungsbedarf in der Bildungspolitik auf

Die am 5. Dezember 2023 veröffentlichten Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie, einer internationalen Testung von 15-Jährigen auf ihre mathematischen und naturwissenschaftlichen Fähigkeiten sowie ihre Lesekompetenz und einer Befragung zu ihrer Situation, zeigt: Die Durchschnittsergebnisse in Mathematik, Lesekompetenz und Naturwissenschaften sind deutlich schwächer als 2018 und entsprechen dem Lernfortschritt eines halben beziehungsweise ganzen Schuljahres.

Dazu kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand: „Das sind natürlich keine wünschenswerten Ergebnisse, aber die üblichen Reflexe werden uns nicht helfen. Dem Ruf nach Fokussierung auf die Basiskompetenzen erteile ich schon im Voraus eine scharfe Abgabe. Werden Kinder nicht ganzheitlich gebildet, lernen sie nicht so gut. Sprachen, Kunst und Musik müssen genauso einen festen Platz im Lehrplan haben wie Deutsch und Mathematik. Wir müssen bilden und erziehen mit Kopf, Herz und Hand.“

Die Gründe für das schlechte Abschneiden sieht Brand im Lehrkräftemangel und den Folgen der Einschränkungen während der

Corona-Pandemie, insbesondere aufgrund der defizitären Digitalisierung der Schulen. Das bestätige auch die Befragung der Jugendlichen. „Jetzt zeigt sich, was Mangel heißt. Vertretungsstunden und Schulausfall haben Konsequenzen! Die Politik sollte das als Warnruf annehmen, ihre Bemühungen bei der Bekämpfung des Lehrkräftemangels noch deutlich auszuweiten.“ Gleichwohl verweist der VBE Bundesvorsitzende auf die Leistungen der Lehrkräfte: „Gerade in Pandemiezeiten, aber auch danach, hat nur das hohe Engagement der Lehrkräfte dazu geführt, dass die Ergebnisse nicht noch viel verheerender sind. Sie arbeiten unter widrigen Umständen. Und: Die Ansprüche an Schule sind hoch und werden immer höher. Gleichzeitig wird die Zusammensetzung

im Klassenraum immer herausfordernder. Kinder mit Förderbedarfen, mit Sprachschwierigkeiten, aber auch jene mit besonderen Talenten müssen alle individuell gefördert werden. Das schafft eine Lehrkraft allein nicht. Daher braucht es multiprofessionelle Teams an den Schulen, damit alle Professionen zusammenwirken können.“

Ein Hauptproblem, für das Deutschland in internationalen Vergleichen stets angemahnt wird, sei außerdem die soziale Ungleichheit. „Die Ergebnisse führen die Politik vor. Der Abstand zwischen Vermögenden und Armen bleibt gleich groß. Die Bemühungen, den Bildungserfolg von der sozioökonomischen Ausstattung des Elternhauses der Schülerinnen und Schüler abzukoppeln, sind nicht ausreichend. Nun muss der PISA-Ruck durch Deutschland gehen.“

Für den Deutschen Philologenverband (DPHV) zeigen die PISA-Ergebnisse: Die Leistungsschere ist nicht weiter aufgegangen, der Abstand zwischen den leistungsstärksten und -schwächsten Schülerinnen und Schüler verändere sich im jüngsten Zeitraum nicht signifikant. Die Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing dankte vor diesem Hintergrund den engagierten Lehrkräften in Deutschland: „Es ist angesichts der vielen belastenden Bedingungen beeindruckend, was unsere Lehrkräfte tagtäglich leisten. Das äußert sich nicht zuletzt auch in den zusätzlichen Unterstützungsangeboten, die die große Mehrheit der Schüler und Schülerinnen ihren Lehrkräften etwa im Mathematik-Unterricht bescheinigen.“

Selbstverständlich könne man zum anderen mit der Leistungsentwicklung über die Zeit betrachtet überhaupt nicht zufrieden sein. Lin-Klitzing: „Obwohl die Studie schulische Bildungsziele als Gesamtheit nicht ausreichend abbildet, bestätigt sie doch insgesamt leider negative Trends, die wir seit Jahren beobachten.“

Die Gründe für die nicht zufriedenstellenden Ergebnisse sind laut Lin-Klitzing dabei zum Teil hausgemacht. So litten die Lernergebnisse vieler Schülerinnen und Schüler auch unter den derzeit sehr herausfordernden Rahmenbedingungen für das System Schule insgesamt und für die Lehrkräfte. Lin-Klitzing: „Es ist es wichtig, dass die Politik den Fachunterricht wieder zur Priorität erklärt. Lehrkräfte müssen umgehend und nachhaltig von Unterrichtsfernen Aufgaben entlastet werden – sie sind weder Hilfskräfte in der Verwaltung, Sozialarbeiter noch Reiseverkehrskaufleute. Sie sind Fachleute für die Vermittlung ihrer Fächer –

die brauchen wir, wie die fachlichen Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler in PISA zeigen, heute mehr denn je. Und wir müssen dafür sorgen, dass Lehrkräfte das auch in Zukunft bleiben. Deswegen müssen die Fachwissenschaften in der ersten Phase der Lehrkräftebildung erkennbar gestärkt werden, statt sie zu Gunsten wechselnder gesellschaftlicher ‚Reparaturaufgaben‘ immer weiter an den Rand zu drängen.“

Und auch wenn der Schwerpunkt in diesem Jahr auf Mathematik liege, so seien aus Sicht des DPhV die abfallenden Leistungen in der Lesekompetenz seit 2015 zu beklagen. Lin-Klitzing: „Das Beherrschen der deutschen Sprache ist und bleibt die Grundlage unserer Kultur und damit das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir dürfen es einfach nicht hinnehmen, dass sie von so vielen jungen Menschen in unserem Land nicht ausreichend beherrscht wird.“

Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) empfiehlt, das bei allen Schularten festgestellte Absinken der Leistungsniveaus bei der PISA-Vergleichsstudie ernst zu nehmen, aber auch nicht in Panik zu verfallen. Vielmehr müssten aus den Ergebnissen die richtigen Schlüsse gezogen werden. „Die neuen PISA-Ergebnisse können uns nicht zufriedenstellen, aber im Gegensatz zu vorhergehenden Erhebungen lässt sich das über alle Schularten hinweg beobachtete Absinken der Leistungsniveaus mit einiger Wahrscheinlichkeit auf zwei externe Einflüsse zurückführen“, analysiert der VDR Bundesvorsitzende Ralf Neugschwender. Er erklärt: „Zum einen sind die in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten strikteren Schuleinschränkungen während der Coronapandemie zu nennen und zum anderen die Zunahme der Heterogenität in den Klassenzimmern bedingt durch die Zuwanderung.“ Die in der PISA-Studie erstmals aufgenommenen Kapitel „Digitalisierungsbezogene schulische & außerschulische Lerngelegenheiten“ sowie „Coronapandemiebedingte Auswirkungen“ ermöglichten wichtige Rückschlüsse auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen. Neugschwender bewertet die strikten Einschränkungen während der Pandemie in der Rückschau ambivalent: „Die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern langen Phasen der Schulschließungen haben dazu geführt, dass leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler die klare Struktur des Präsenzunterrichts nicht mehr vollumfänglich erfahren und deshalb im Distanzunterricht mehr Defizite aufgebaut haben als leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler.“ In diesem Zusammenhang

seien auch die unterschiedlichen Lernumgebungen im Elternhaus zu nennen. Es könne nicht davon ausgegangen werden, dass jeder Schüler zu Hause über einen geeigneten Arbeitsplatz verfüge.

Der VDR Vorsitzende zieht daher eine wichtige Schlussfolgerung aus der Studie: „Für uns ist klar: Die Lehrkraft als direkte Bezugsperson ist entscheidend für den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen.“ Die fachliche Tiefe und klare Struktur eines professionell geplanten

Unterrichts im Klassenzimmer gebe den Schülerinnen und Schülern Orientierung und ermögliche, Aufgabenstellungen direkt mit der Lehrkraft zu klären. Dabei bilde die soziale und persönliche Beziehung zwischen Lehrkraft und Schülern den Kern beim Erwerb von Lerninhalten und sozialen Kompetenzen. „Die Lehrkraft ist dabei nicht Lernbegleiter, sondern schafft über ein gutes ‚classroom management‘ erst die Voraussetzung, dass Lernen gelingt“, so Neugschwender.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Warnstreik bei der Deutschen Bahn – Verhandlungen mit Transdev gescheitert

Die GDL hat mit einem 24-Stunden-Warnstreik bei der Deutschen Bahn (DB) den Druck auf den Arbeitgeber erhöht. Die Tarifverhandlungen mit dem Transdev-Konzern erklärte die GDL für gescheitert.

Der Warnstreik bei der DB begann am Abend des 7. Dezember 2023 und führte zu erheblichen Einschränkungen im Bahnverkehr. Die DB weigert sich, den Beschäftigten zwingend erforderliche Verbesserungen zuzugestehen und über die Kernforderung der GDL nach einer Arbeitszeitabsenkung für Schichtarbeiter auf eine 35-Stunden-Woche und einer Fünftage-Woche zu verhandeln. „Damit ignorieren die Unternehmen nicht nur die berechtigten Bedürfnisse der eigenen Beschäftigten“, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky im Vorfeld der Arbeitskampfmaßnahme. „Sie torpedieren zudem die dringend nötigen Maßnahmen zu einer erfolgreichen Personalgewinnung und setzen so fahrlässig die Zukunft des klimafreundlichsten Verkehrsmittels Eisenbahn aufs Spiel.“

Ebenfalls am 7. Dezember hat die GDL das Scheitern der Tarifverhandlungen mit dem Transdev-Konzern erklärt. Obwohl sich die Unternehmen des Transdev-Konzerns nach zwei Warnstreiks dazu bereit erklärt hatten, mit der

GDL über die Absenkung der Wochenarbeitszeit zu verhandeln, hatten sie auch in der vierten Verhandlungsrunde am 5. Dezember 2023 in Berlin kein verhandelbares Angebot vorgelegt. Stattdessen enthielt das vorgelegte Angebot sogar Verschlechterungen des bestehenden Tarifniveaus. Insgesamt sei es von den Forderungen der GDL weit entfernt, teilte die Gewerkschaft mit. Der Arbeitgeber habe eine Arbeitszeitabsenkung angeboten, die erst 2027 beginnen und bei einer durchschnittlichen 36-Stunden-Woche im Jahr 2029 enden soll. „Eine Arbeitszeitabsenkung, die erst in drei Jahren beginnt, ist für uns nicht akzeptabel“, so GDL Chef Weselsky. „Die Eisenbahner-Berufe müssen jetzt attraktiver werden, und es muss zeitnah eine spürbare Belastungssenkung geben.“ Die GDL werde ihre Warnstreiks nun ausweiten und die laufende Urabstimmung fortsetzen. Von den kommenden Streikaufrufen der GDL werden erneut die NordWestBahn GmbH, Transdev Hannover GmbH, Transdev Mitteldeutschland GmbH, Transdev Regio Ost GmbH, Transdev Rhein-Ruhr GmbH sowie die Trans Regio Deutsche Regionalbahn GmbH erfasst sein.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Bundesweite Warnstreiks der AOK-Beschäftigten

Um in den aktuellen Gehaltstarifverhandlungen ein unmissverständliches Signal an die Arbeitgeber zu senden, hat die GdS am 8. Dezember 2023 – einen Tag vor der Fortsetzung der Tarifverhandlungen mit der AOK-Tarifgemeinschaft (TGAOK) – einen ersten Aktionstag mit vier zentralen Protestkundgebungen in Berlin, Hannover, Dresden und Essen durchgeführt.

In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen mit der GdS am 30. November und 1. Dezember hatten die AOK-Arbeitgeber ihr völlig unzureichendes Angebot aus der ersten Runde nur ungenügend nachgebessert. Das Angebot – sechs Prozent ab September 2024 sowie weitere vier Prozent erst ab März 2025 – reichte nicht einmal aus, um die Inflation der Jahre 2022 und 2023 auszugleichen, hieß es von der GdS. Auch die avisierte Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie komme zu spät und solle zudem durch Teilbeträge über Monate gestreckt werden.

„Die AOK-Beschäftigten haben erkannt, dass dieses Angebot nur Augenwischerei ist und müssen sich angesichts der Ignoranz der Arbeitgeber provoziert fühlen“, erklärte der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Wagner. Zuvor schon hätten die AOK-Arbeitgeber den jüngsten Tarifabschluss trotz der zwischenzeitlich historisch hohen Inflation einfach ausgesessen, statt die massiven Steigerungen bei den Lebenshaltungskosten rechtzeitig durch mögliche Ausgleichszahlungen an die Beschäftigten abzumildern.

Den Nachholbedarf bei den AOK-Gesundheitskassen bekräftigt auch GdS-Verhandlungsführer Stephan Kallenberg. Dabei gehe es nicht nur um die Bewältigung der enormen Preissteigerungen, sondern auch um das Bezahlungsniveau bei den AOKen, das im Vergleich zu anderen Krankenkassen inzwischen deutlich am unteren Ende anzusiedeln ist: „Eigentlich wollten die AOKen wieder attraktiver werden, um in Zeiten des Fachkräftemangels Nachwuchskräfte zu gewinnen und zu binden. Aber wie soll das klappen, wenn man nicht nur nicht aufholt, sondern immer weiter zurückfällt?“

Die GdS ist mit der Kernforderung nach Vergütungserhöhungen um 12,5 Prozent ab 1. Januar 2024 und einer überproportionalen Erhöhung der Vergütungsgruppen 1 bis 7 durch einen Mindestbetrag in die AOK-Vergütungsrunde gegangen. Unabhängig von den Tabellensteigerungen erwartet die GdS von den Arbeitgebern der AOK-Tarifgemeinschaft weiterhin die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie als „Soforthilfe“ für die Beschäftigten.

Namen und Nachrichten

Der **BDZ** hat das Musterformular veröffentlicht, mit dem die Ruhegehaltsempfängerinnen und -empfänger die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage nach § 69n Beamtenversorgungsgesetz beantragen können. Unter folgendem Link (https://www.bdz.eu/fileadmin/user_upload/

[load/www_bdz_eu/pdf/Service/231204_Antrag_Ruhegehaltfaehigkeit_Polizeizulage_Home.pdf](https://www.bdz.eu/pdf/Service/231204_Antrag_Ruhegehaltfaehigkeit_Polizeizulage_Home.pdf)) können Beschäftigte den Antrag als ausfüllbare PDF-Datei herunterladen. Der Antrag ermöglicht auch, das zuständige Service-Center über ein Menü auszuwählen:

Termine:

8./9. Januar 2023

dbb Jahrestagung

„Ein starker öffentlicher Dienst für eine starke Demokratie und Gesellschaft“

Weitere Informationen unter www.dbb.de/jahrestagung